

Leibniz-Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Das „Leibniz-Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, amüs durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Einlieferung durch die Ausräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße No. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheften Poststelle ober dem Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtiger Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 37.

Donnerstag, den 13. Februar 1919.

76 Jahre.

Die neuen Kriegsteuern.

Von besonderer Sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Die sogenannte Kriegsgewinn-Besteuerung soll jetzt ihre endgültige Regelung durch zwei Gesetzentwürfe finden, durch den Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919 und durch den Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Der erstgenannte Gesetzentwurf bedeutet im Wesentlichen eine Wiederholung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918. Dieses Gesetz sieht vor, daß die Einzelpersonen eine Abgabe vom Mehreinkommen und eine Abgabe vom Vermögen zu zahlen haben. Als Mehreinkommen gilt der Unterschied zwischen dem Friedens- und dem Kriegseinkommen. Als Friedenseinkommen gilt im allgemeinen das steuerpflichtige Einkommen für das Rechnungsjahr 1918, und als Kriegseinkommen das steuerpflichtige Einkommen für das Rechnungsjahr 1919. Der jetzt vorliegende Entwurf hat diese Bestimmungen übernommen, nur mit dem Unterschied, daß als Kriegseinkommen die Jahresveranlagung für das Rechnungsjahr 1919 gilt. Die Differenz zwischen Friedens- und Kriegseinkommen bildet das abgabepflichtige Mehreinkommen. Wie im Gesetz für 1918 soll auch nach dem Entwurf für 1919 ein Mehreinkommen bis 3000 Mark abgabefrei bleiben. Ferner ist vorgesehen, daß als Friedenseinkommen mindestens ein Betrag von 10000 Mark gilt. Hat also jemand im Jahre 1918 ein Einkommen von 6000 Mark gehabt und wird er für das Rechnungsjahr 1919 mit einem Einkommen von 15000 Mark zur Einkommensteuer veranlagt, so beträgt das nach dem Gesetz-Entwurf über eine Kriegsabgabe abgabepflichtige Mehreinkommen nicht 9000 Mark, sondern nur 3000 Mark. Denn einmal bleibt die Differenz zwischen 6000 bis 10000 Mark unberücksichtigt und weiter sind die ersten 3000 Mark, wie schon oben gesagt, abgabefrei.

Die Abgabe vom Mehreinkommen beträgt für die ersten 10000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 10000 Mark 10 v. H., für die nächsten 30000 Mark 20 v. H., 50000 Mark 30 v. H., 100000 Mark 40 v. H., für die weiteren Beträge 50 v. H. Der höchste Abgabefuß von 50 v. H. würde also für den Teil des Mehreinkommens Platz greifen, der über 200000 Mark hinausgeht.

Die Abgabe vom Vermögen ist gleichfalls dem Gesetz für 1918 nachgebildet, nur mit dem Unterschiede, daß die Abgabe nicht nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1916, sondern nach dem vom 31. Dezember 1918 berechnet werden soll, wobei die entsprechenden Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes Platz greifen. Hinsichtlich der Abgabe vom Vermögen ist indes ein wichtiger Vorbehalt zu machen. Kommt nämlich, was als sicher anzunehmen ist, die große Vermögensabgabe, so würde die verhältnismäßig kleine, die der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vorsieht, nicht erhoben werden. Aber auch wenn die kleine Vermögensabgabe zur Durchführung kommen sollte, so werden die Vermögen von nicht mehr als 100000 Mark von der Steuer befreit sein. Ein mehr als 100000 Mark Vermögen hat, wird abgabepflichtig und muß für die ersten 200000 Mark 1 v. Tausend zahlen, für die nächsten angefangenen oder vollen 300000 Mark 2 v. Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 500000 Mark 3 v. Tausend, für die nächsten 1 Million 4 v. Tausend und für die weiteren Beträge 5 v. Tausend.

Daneben sollen auch die Gesellschaften eine Abgabe zahlen und zwar vom Mehrgewinn des 5. Kriegsgeschäftsjahres, das in der schon bisher üblichen Weise festgesetzt wird. Während nach dem Gesetz aber eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 v. H. betrug, ist sie in dem Entwurf für 1919 mit 80 v. H. vorgesehen, und zwar ist die Staffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn progressiv. Alle Mehrgewinne über 1000000 Mark zahlen 80 v. H. Kriegsteuer; für geringere Gewinne sind Ermäßigungen um 10 bis 50 v. H. vorgesehen. Die Erhöhung der Abgabe bis auf 80 v. H. des Mehrgewinns hat eine Vorbeuge in der Richtung notwendig gemacht, daß ein Uebermaß der Besteuerung verhindert wird. Diese Vorbeuge besteht darin, daß der Mehrgewinn des Reiches einschließlich der Staats- und Gemeindesteuer (soweit diese letzteren von dem den Mehrgewinn bildenden Teil des Einkommens erhoben werden) in jedem Falle nicht über 90 v. H. hinausgehen soll.

Eine weitere Kriegsgewinnbesteuerung kommt für Gesellschaften nicht in Betracht, dagegen findet die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen erst ihren Abschluß durch den oben erwähnten zweiten Gesetzentwurf über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Nach diesem muß der in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis zum 31. Dezember 1918 erzielte Vermögenszuwachs nach festgesetzt werden. Die Abgabefuß betragen sich näm-

lich zwischen 10 und 100 Proz. Nicht abgabepflichtig ist ein Vermögenszuwachs bis zu 3000 Mark. Wer 13000 Mark Vermögenszuwachs hat, bei dem werden 10000 Mark abgabepflichtig, und für diese 10000 Mark soll die Abgabe 1000 Mark betragen. Wer einen abgabepflichtigen Vermögenszuwachs von 50000 Mark aufzuweisen hat, muß davon 19500 Mark, wer 100000 Mark abgabepflichtigen Vermögenszuwachs hat, muß 30500 Mark abgeben. Bei 500000 Mark abgabepflichtigen Vermögenszuwachs beträgt die Steuer bereits 300500 Mark. Im übrigen ist die Abgabepflicht so konstruiert, daß niemand von seinem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199500 Mark behalten kann.

Ermahnenswert ist noch, daß die Einkünfte steuerlich dem zur Last fällt, der sie vorgenommen hat. Er hat sie seinem Vermögensstande hinzuzurechnen. Jedoch es ganz zwecklos ist, wenn z. B. Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuerfüßen zu kommen, Vermögensteile an ihre Kinder veräußern.

Man kann damit rechnen, daß gegen die in den beiden Gesetzentwürfen vorgesehenen hohen Steuerfüße von den kapitalistischen Interessenten kräftig Sturm gelaufen wird. Aber die Finanznot des Reiches wird hoffentlich stärker sein und damit einer gerechten Steuerpolitik, die die Lasten den starken Schultern aufstößt, zum Siege verhelfen.

Kriegspräsident Ebert an die Presse.

Weimar, 13. Februar. Reichspräsident Ebert empfing am Mittwoch die Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Presse, um gleich beim Antritt seines neuen Amtes persönlich mit ihnen in Fühlung zu treten. Er führte hierbei folgendes aus:

Der erste Tag meines Amtes soll auch ein Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben, Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengungen. Bei mir können Sie jeder Unterstützung sicher sein. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der völligen Pressefreiheit oben an steht. Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit ihnen allen in Beziehungen zu treten, ohne Rücksicht auf Ihre oder meine Parteizugehörigkeit. Sehen Sie bitte darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit des ganzen Volkes wählte mich. Es kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im öffentlichen Leben politisch tätig sind, haben zu gewissen Teilen diese Pflicht, uns nicht als Vertreter nur eines Teiles, sondern als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen. Das Einzelne kann nur gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht. Parteizwecke lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie der Ansehlichkeit und dem Wohle des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch Respekt vor einer anderen Ansicht, der der Parteikampf feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja Parteien an und steht ihnen nahe, aus welchen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich, in unseren Tagen nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame sehen zu wollen, bei mir auch vorauszusetzen, was ich bei Ihnen voraussetzen will: Tiefere Auffassung von der Pflicht zum Vaterlande. Zwei Aufgaben hat die neue Regierung von allem anderen: Den Frieden zu sichern und die Verfassung zu beschützen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und innen, für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber ihrer bisherigen Bedrückung und Unfreiheit. Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur eines dazu sagen. Es ist ein Kompromissprogramm im schlechten Sinne. Alle Parteien, die daran mitarbeiten, stellen sich rückhaltlos auf den Boden unverfälschter, unverfälschter Demokratie. Wir können heute sagen, die Demokratie ist für Deutschland in dem Umfang gesichert, wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung am Regierungsprogramm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmaufstellung wesentlich beeinflussten. Allerdings, als wahrhafte Demokraten dachten wir nicht daran, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir ermöglichten, daß vollkommene Uebereinstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach lösch die Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art, ihrem Entwicklungsstande privatrechtlichen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände und Gemeinde zu übernehmen sein. Als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt Bergwerke. Sie sehen, die sozialistische Partei kann und wird ihren Idealen nicht untreu werden, aber sie lehnt in echt marxistischer Weise ab, das Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftslebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen. Als die Zeit zur Demokratie reif war, entstand das demokratische Deutschland. Nun muß die Zeit zum Sozialismus reif werden, bis dahin muß der soziale Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Meine Herren! Die Organe der Regierung, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit in verständnisvollem Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit einer Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Der große englische Denker Junius hat einmal gesagt, die Freiheit der Presse, wenn sie unter einer despotischen Regierung möglich wäre, könnte allein schon das Gegengewicht gegen die Macht der Tyrannen werden. Ueber solchen Gegenstand sind wir weit hinausgewandert. Aber ich sage heute, es würde mich freuen, wenn ich Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, Anregungen und Vorschläge, wie dies alles im heutigen Deutschland jeder Behinderung entbunden sein soll. Die notwendige Forderung unserer Arbeit in der Regierung muß Tag für Tag in dem lebendigen Zusammenhang mit der Volksmeinung und dem Volkswillen stehen.

Die Ansprache des Reichspräsidenten wurde von den versammelten Pressevertretern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Darauf nahm als Vorsitzender der Presseversammlung in Weimar Georg Bernhard das Wort, um im Namen der versammelten Pressevertreter der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß ihnen gleich Gelegenheit gegeben wurde, den Reichspräsidenten in ihrer Mitte zu begrüßen.

Waffenstillstand und Frieden.

Ueber die in aller nächster Zeit stattfindenden Verhandlungen zur Erneuerung des Waffenstillstandes bringen die Blätter eine Häufen Meldungen, die aber meistens nur die Tatsachen über eifrige Berichterstatter enthalten. Daß die hauptsächlichsten Artikel Zeitungen den Teufel in den Himmel rufen, um Deutschland auf neue zu knebeln, ist nicht verwunderlich. Wundern muß man sich über unsere Anreizungspressen, die jetzt wie ein geschlagener Hund über das jetzt, was sie selbst fremden Vätern zugemutet hat, die Sache recht freilich für Deutschland sehr ernst, um so mehr als in den gegnerischen Ländern keine weiterverbreitete Arbeiterpresse vorhanden ist, die die wahrhaftigen Forderungen mit aller Schärfe zurückweist. Hat doch selbst MacDonald einem Pressevertreter in Bern sagen müssen, daß es sehr schwer halte, den verüblichen Einfluß der englischen Kapitalisterrasse zu bekämpfen und einen Umschwung im Sinne der Versöhnung zu bewerkstelligen.

Wie wir gestern kurz andeuteten, hat Wilson im Obersten Kriegsrat hauptsächlich gegenüber den Franzosen einen schweren Stand. Er vertrat die Auffassung, daß Deutschland sich vor Militarismus zur Demokratie bekehrt habe. Der Verband muß diese Wendung berücksichtigen und den Waffenstillstand als einen vertragsmäßigen Zustand ansehen. Er wolle daher bei Deutschland Anstalt über dessen Bestand an Kriegsmaterial einholen, um auf dieser Grundlage eventuell neue Forderungen aufzustellen. Doch schwebt verärgert, während Balfour und Clemenceau de Ausfahrungen Wilsons entgegenzogen. In der Montagtagung traten auch Lord Robert Cecil auf, um die Mäßigung Wilsons zu bekämpfen. Insbesondere verlangte er mit größter Heftigkeit weitere militärische Zwangsmaßnahmen. „Ich habe sie“, sagte er nach dem Bericht des „Corriere“, „und wenn ich sie dann wieder auf den Knien habe, so muß ein Vertrag zur Unterzeichnung bereit sein, in dem klar steht, was wir wollen.“ Cecil äußerte sich über die wirtschaftlichen Druckmittel, insbesondere über die Verweigerung der Lebensmittelzufuhr.

Wilson hat Fourgeois noch erklärt, daß die amerikanische Verfassung nicht erlaubt, amerikanische Truppen für irgendeine Strafexpedition in Europa zu verwenden.

Die Konferenz auf den Prinzeninseln. Die russischen Regierungen sind auch außerhalb des von Kampf und Beratung vorgelegt werden. Nach diesem Entwurf soll die allgemeine Dienstpflicht für das zu bildende Volkshereu als dem Muster der Schweiz einseitig einseitig werden. Die Dienstzeit soll aber auf sehr kurze Dauer bemessen sein. Weiter gemeldet wird, soll auch der Entwurf eines Gesetzes der Nationalversammlung vorgelegt werden, das sich mit der Regelung der Arbeitstrage befaßt und u. a. die Einführung des Arbeitszwanges vorsieht.

Die Konservativen haben einen Antrag eingebracht, in dem sie die sofortige Herbeiführung eines auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Volksherees fordern, sowie auch durch die Wehrpflicht die Wehrmacht der Reichsleitung, die sich durch den Kriegsmilitär vertragen läßt, Erziehung der Soldatenräte durch

Aus der Nationalversammlung.

Entwurf zu einem neuen Wehrgesetz.

Ein Entwurf für ein neues Wehrgesetz wird binnen kurzer Zeit, wie in Weimar verlautet, der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Nach diesem Entwurf soll die allgemeine Dienstpflicht für das zu bildende Volkshereu als dem Muster der Schweiz einseitig einseitig werden. Die Dienstzeit soll aber auf sehr kurze Dauer bemessen sein. Weiter gemeldet wird, soll auch der Entwurf eines Gesetzes der Nationalversammlung vorgelegt werden, das sich mit der Regelung der Arbeitstrage befaßt und u. a. die Einführung des Arbeitszwanges vorsieht.

Die Konservativen haben einen Antrag eingebracht, in dem sie die sofortige Herbeiführung eines auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Volksherees fordern, sowie auch durch die Wehrpflicht die Wehrmacht der Reichsleitung, die sich durch den Kriegsmilitär vertragen läßt, Erziehung der Soldatenräte durch

erhausensauschüsse, deren Tätigkeit sich auf Kontrolle der Erpflegung, Urlaubserteilung, Disziplinarbestrafung, Arbeitsentgelt und Vermittlung von Beschwerden beschränkt, endlich Hiedereinführung der Rangabzeichen bis zu einer endgültigen Regelung der Uniformfrage und eine den Dienstverhältnissen entsprechende Regelung der Gruppierpflicht.

Ein Protestantrag der weiblichen Abgeordneten.

Seitens der weiblichen Abgeordneten sämtlicher Fraktionen ist an die Nationalversammlung ein Antrag eines folgenden Wortlautes vorbereitet:

Die deutschen Frauen und Kinder haben durch die völlige Abberung Deutschlands während des Krieges unagbar gelitten. Wir alle erhofften, daß mit der Einstellung des Blutvergießens auch dieses furchtbare Kaminittel nicht weiter zur Anwendung kommen würde. Die Hungerblockade ist jedoch nicht aufgehoben, sie ist verstärkt worden. Kranke, Schwache und Greise fallen in unvorstellbarem Maße zum Opfer und durch das große Sterben der Kinder und werdenden Mütter wird dem deutschen Volke und damit der ganzen Menschheit ein nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt. Wir fordern unverzüglich Aufhebung der Hungerblockade. Wir fordern sofortige Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen; die selbst Schwerstees gelitten haben und nach denen Eltern, Frauen und Kinder schmerzhafteste Sehnsucht empfinden. Wird sind der festen Überzeugung, die Frauen und Mütter der ganzen Welt empfinden mit und sie werden mit heiligem Eifer bemüht sein, in ihrem Lande für die Erfüllung dieser Forderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu wirken.

Das Mandat Eberts.

Infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten scheidet Ebert aus der Nationalversammlung aus. Der nächste auf der Liste des Wahlkreises (Seltow-Berskow) ist Heinrich Schulz, in dieser in Ostpreußen gewählt ist und dort angenommen hat, an Eberts Stelle der Metallarbeiter Franz Thurow.

Resolutionen der Nationalliberalen.

Die Nationalliberalen haben zwei Resolutionen eingebracht. In der einen wird erklärt, daß das deutsche Volk niemals einen Gewaltfrieden annehmen und noch weniger sich einen Frieden diktieren lassen werde. Ferner wird Verwahrung eingelegt gegen die Fortsetzung und Verschärfung der Blockade, die Verwendung farbiger Truppen auf deutschem Boden, die Beschlagnahme deutscher Betriebe, die Unterbindung des Verkehrs mit den belgischen Gebieten, die Einführung französischer Sprachunterrichts in diesen Gebieten, die Vertreibung der belgischen Bevölkerung und die Verhinderung ihrer Wahlen.

Die zweite Resolution befaßt sich mit der inneren Lage. Hier ist eine Fortsetzung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande, Schutz der Disprovinzen. Endlich wird eine Feststellung beantragt, wonach durch die provisorische Verfassung der geltende, vollstehende und konstituierende Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte, von Volksräten und Zentralräten besteht ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Fehlbetrag seit 9. November.

Zu der gestern auch von uns gebrachten Meldung der Telegraphen-Union, daß sich seit dem 9. November 1918 216 Milliarden Mark Defizit im Staatshaushalt ergeben habe, greift der Vorwärts: Offenbar handelt es sich wieder einmal um eine Meldung, mit der die reaktionären Parteien gegen die Revolution Propaganda machen wollen. Wir wissen nicht, ob die Meldung sachlich zutrifft, jedenfalls steht aber fest, daß während des Krieges hat jeder Monat durchschnittlich ein über drei Milliarden, in den letzten Jahren aber vier Milliarden Mark Fehlbetrag verurteilt. Am 9. November hörten die durch den Krieg verurteilten Lehrausgaben natürlich nicht mit einem Schlag auf, im Gegenteil hat die Demobilisation mit ihren Folgeerscheinungen neue große Ausgaben verurteilt. Wenn man bedenkt, daß trotzdem der Fehlbetrag in dem Vierteljahr seit Ausbruch der Revolution weit geringer ist, als der eines einzigen Kriegsmonats, so erscheint diese Ausgabe keineswegs vermächtig hoch.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland.

Nach zuverlässigen Schätzungen weilen in Rußland zurzeit 47 000 deutsche Kriegsgefangene, wobei mehrere Tausende in die Sowjet-Armee eingetretten sind, in ihrer genauen Zahl ist nicht festzustellen. Diese Gefangenen sind in der Hauptsache durch Hunger und Entbehrungen in die bolschewistische Armee getrieben worden. Von der deutschen Regierung eine umfassende Fürsorgeleistung eingeleitet. Das amerikanische Rote Kreuz vermittelt die Nachrichten. Ein schweizerisches Komitee soll demnächst die Gefangenen in Japan besuchen. Ueber den Abtransport der deutschen Gefangenen aus den nichtbolschewistischen russischen Distrikten sind Verhandlungen im Gange, die nicht ausbleiben werden.

Wirtschaftsberatung für Landwirtschaftsbetriebe.

Auf dem Rittergute Döllitz in der Neumark waren durch Vergütung in der Ernte 140 Morgen Kartoffeln zerstört und für die Benutzung ungeeignet geworden. Nach Blättermeldungen liegen die Gründe darin, daß der Eigentümer Graf von 40 Pfg. Lohn geboten habe. Das Landwirtschaftsministerium ist nun in der Angelegenheit Erhebungen angeordnet, welche die Angaben im großen und ganzen bestätigt haben. Graf von Bismarck hat allerdings den angegebenen Lohn, als er keine Arbeiter bekommen konnte, auf 60 bis 70 Pfg. erhöht. Ferner liegt der Hauptgrund darin, daß unter den hiesigen Arbeitern des Gebietes zur Zeit der Kartoffelernte die Grippe ausbrach. Trotzdem haben die Erhebungen des Landwirtschaftsministeriums ergeben, daß das Gebot als rationell geleitete Wirtschaft angesehen werden könnte. Das Landwirtschaftsministerium hat deshalb das Rittergut unter Wirtschaftsberatung gestellt. Wie wir wissen, wird in allen ähnlichen Fällen, in denen durch die Unachtsamkeit der Pächter wertvolles Material zugrunde geht, in der gleichen Weise verfahren werden.

Konfliktstimmung in Danzig.

Aus Danzig wird ein dringender Streik der Bürgerhäuser und der freien Berufe gemeldet. Die Reichsregierung sandte an den Volksausschuß in Danzig folgendes Telegramm: Es wird Beschwerde geführt, daß sich der Ausschuss Eingriffe in die technische Führung und Organisation des Grenzschiffverkehrs macht. Das weist die Reichsregierung auf das entschiedenste zurück. Wegen weiterer Übergriffe wird die Regierung es

verstehen, die Ausschüßmitglieder mit aller Strenge zur Rechenschaft zu ziehen. Sollte der Volksausschuß in letzter Stunde seine regierungseindlichen Absichten nicht aufgeben, so steht der Bevölkerung Danzigs die Ermittlung des gesamten wirtschaftlichen Lebens bevor. Die Verantwortung würde allein den Volksausschuß treffen.

Nach neueren Berichten wird der Konflikt vermieden. In einer Sitzung des Volksausschusses und der A- und S.-Räte sowie der Betriebsarbeiterräte wurde beschlossen, die kritische Angelegenheit noch einmal der Reichsregierung zu unterbreiten und ihr die Entscheidung zu überlassen. Die Versammlung nahm den Antrag des kommandierenden Generals an.

Spartakisten und Unabhängige in München

forderten für kommenden Sonntag große Demonstrationen zugunsten des Reichstags. Als im Arbeiterrat Genosse Schmitt sich gegen den Spartakismus wandte, gab es große Tumulten, so daß schließlich 375 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterräte den Saal verließen. Zurück blieben nur 125 Mann. Der Demonstrationsantrag wurde mit 121 Stimmen angenommen.

Belgien.

Die Friedensforderungen hat Minister Haysmans in Paris vorgelegt. Danach wird im belgischen Programm gefordert, daß die Verträge von 1839, die den politischen, wirtschaftlichen und territorialen Stand Belgiens festsetzen, ihm als Grundlage einer künftigen, durch Verträge gesicherte Neutralität geben, abgelehnt werden. In politischer Hinsicht wurde ein Aufgeben der Neutralität verlangt. In territorialer Beziehung stützt sich Haysmans auf das Nationalitätsprinzip und verlangt eine Grenzberichtigung von Belgien und Holland. Er fordert, daß die Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde von der Mündung bis Antwerpen durch Rückerstattung der holländischen Enclave von Antwerpen, die sich auf das rechte Maasufer von Maasticht bis Rosmond und südlich davon erstreckt, gesichert wird. Weiter führte Haysmans aus, daß Montjoie und Malmedy, deren Bevölkerung rein wallonisch ist, bis zum Jahre 1815 heilig war. Er entwickelte die Ansicht, daß ein neutrales Luxemburg in dem neuen Europa einen wahren Widerstand darstellen würde. Haysmans zieht den Anschluß Luxemburgs an Frankreich oder Belgien in Betracht. Sowohl mit Luxemburg wie mit Belgien ließen sich friedliche Vereinbarungen treffen.

Rußland.

Sabotage gegen Lenin. Eine aus Petersburg über Heligoland kommende Meldung berichtet über von den Arbeitern und Arbeiterräten der Baltik-Werke gegen Lenin gerichtete Sabotageakte. In einer Proklamation der Sowjetregierung werden die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Werkes beschuldigt, englische Spione und Angehörige der Weißen Garde geschickt zu haben. Diese Proklamation ist nicht allein durch die häufigen Streiks in den Baltikwerken veranlaßt worden, sondern auch weil in ihnen chronisch Sabotage ausgeübt wird. Die bolschewistischen Zeitungen stellen fest, daß innerhalb zehn Tagen in einigen Werken mehrfach von Arbeitern ein Feuer angezündet wurde. Außerdem ist der einzige bis jetzt noch im Betriebe befindliche Martinstahl-Ofen in die Luft gesprengt worden. Alle diese Handlungen sind auf die Opposition gegen das bolschewistische Regime zurückzuführen.

England.

Streiksendigung am Clyde. Der gemeinsame Ausschuss der Arbeiter am Clyde empfahl, offiziell die Arbeit Mittwoch wieder aufzunehmen.

Eine Königsrede. In der Thronrede sagte der Botschafter von England u. a.: Wir müssen vor keinem Opfer zurückweichen, um die unverdiente Ämter auszurotten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Volkszufriedenheit zu verbessern. Die Erreichung dieses Zieles wird durch Gewalt oder Unruhen notwendigerweise verzögert. Um die vollen Früchte des Sieges einzunehmen und den Weltfrieden zu sichern, muß eine ausreichende Armee im Frieden erhalten werden. Vorläufe, die nötig sind, um die nötigen Streitkräfte zu bekommen, werden Ihnen im gegebenen Augenblick unterbreitet werden. Ich treue mich namentlich darüber, daß die in der Konferenz versammelten Mächte sich geeinigt haben das Prinzip des Völkerbundes anzunehmen, denn dieser Völkerbund bietet die einzige Hoffnung dafür, daß die Menschheit vor einer Wiederholung der Ursachen des Krieges bewahrt wird.

Massenversammlungen der Gewerkschaften. In London fanden am Sonntag 23 und im übrigen England 214 Massenversammlungen der Gewerkschaften statt, in denen die Forderungen für den Abschluß des baldigen Friedens, die Einführung des Achtstundentages und die Freigabe des Handels ausprochen.

China.

Kriegsdrohung. Nach amtlichen diplomatischen Berichten hat Japan im Prinzip mit dem Kriege gedroht, wenn China die Geheimverträge beider Länder veröffentlicht und seine Vertragspflichten nicht erfüllt, Japan zu Deutschlands Nachfolger im Recht, im Eigentum und in Konzessionen zu machen, die Deutschland bei Ausbruch des europäischen Krieges besaß. Es wurden verschiedene der Geheimverträge aus dem Gepäck der chinesischen Ententebelegierten gehohlen, als sie durch Japan reisten. Daher sind diese nicht in der Lage, die Geheimverträge auf der Friedenskonferenz zu veröffentlichen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Volksrat der Republik Hessen hat sich am Dienstag aufgelöst und der Volkskammer die gesetzgebende Gewalt anvertraut.

Der russische Bolschewikführer Kadel ist in Berlin verhaftet worden.

Der bayerische Landtag wird zum 21. Februar einberufen. Gegen die Einführung der Sommerzeit hat sich die Regierung ausgesprochen.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Donnerstag, 13. Februar.

Arbeitsüberlegung. Die Steinarbeiter bei der Firma Pletiner u. Sohn am Jallendamm haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Die Tarifkommission der Steinarbeiter Lübeds.

Stimmungsfrage gegen den Lübecker Soldatenrat wird gegenwärtig von den verschiedensten Seiten mit allen Mitteln betrieben. Vor der Bürgergewerkschaft war es besonders die sogenannte demokratische Partei, welche gegen ihn heulte und für die von uns entlassenen Mitglieder der Partei des Reichstages jetzt die Sozialdemokratische Verantwortung zu machen versuchte. In auswärtigen

Blättern wurde der Lübecker Soldatenrat öffentlich als Helfershelfer der Spartakisten hingestellt. Dabei mußten jene Helfer-besiden genau wissen, daß das Gegenteil richtig ist. Die Ministerarbeit gegen den Soldatenrat hat aber den Zweck, zu verlässige Sozialisten zu besetzen und an seine Stelle bürgerliche Demokraten zu setzen, die im Sinne der früheren Nachhaber wirken sollen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer jetzigen Funktion nur eine vorübergehende Erscheinung sein können und ihre Tätigkeit einzustellen haben, sobald die Erzeugnisse der Revolution gesichert sind. Zwei Regierungen nebeneinander, von denen die eine die gesamte und die zweite nur einen Teil der Bevölkerung vertritt, sind ein Uebel und ein sehr kostspieliges dazu. Solange aber wir noch Arbeiter- und Soldatenräte haben, muß dafür gesorgt werden, daß sie mit wirklichen Sozialisten besetzt sind. Der Ruf nach dem letzten Montag trug einen rein bürgerlichen Charakter und war dazu bestimmt, das demokratische Element in den Sattel zu heben. Nun kommt die Vereingung aktiver Unteroffiziere Lübeds mit einem langen Artikel in der Presse, in dem man noch einmal die Beschuldigung der Post nach allen Regeln der Kunst gegen den Soldatenrat auszusprechen versucht. Im Wahlkampf wurde genau in der gleichen Weise damit gegen die Sozialdemokratie gearbeitet. Es ist demnach immer derselbe Zweck, den man mit solchen Mitteln verfolgt. Das muß einmal festgestellt werden.

Die alte Bürgerkraft, die am Montag voraussichtlich zum vorletzten Male zusammentritt, soll folgende umfangreiche Tagesordnung erheben: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Hinauschiebung der Wahl eines Senatsmitgliedes. 2. Änderung der Artikel 33 und 34 der Verfassung. 3. Erhöhung der für die Verfassung von Strakonitz zur Errichtung von Kleinwohnungen bewilligten Mittel. 4. Inkrafttreten der Bauordnung für den Lübeckischen Stadtgebiet und des Straßenbaugesetzes für die innere Stadt und die Vorstädte. 5. Ausführung von Unterhaltungsarbeiten an den öffentlichen Gebäuden. 6. Vorbereitung des Kanalhafens. 7. Schaffung weiterer Kleinwohnungen zur Vermeidung der Wohnungsnot. 8. Nachbemittlung der bei Umbau des Rathhauses auf dem Stadtplateau zu entfallenden Kosten. 9. Einrichtigung der dem allgemeinen Gottesacker gegenüberliegenden Waldfläche. 10. Nachbemittlung auf die Mittel für die Herrichtung weiterer Räume für das Kinderheim I. 11. Verklärung der im Haushaltsplan unter Artikel 5 für die Bürgerkraft bereitgestellten Mittel um 2000 Mark. 12. Instandsetzung und Umbau des Rathhauses auf dem Stadtplateau. 13. Verklärung der Mittel für die Hofanlage Straßens. 14. Verstärkung der Mittel für den Schlachthof für das Rechnungsjahr 1918. 15. Verstärkung der Mittel für die Lübecker Straßenbahn. 16. Erhöhung des Marktstandes. 17. Gewährung einer Rente an die Hinterbliebenen des Krankenpflegers August Wenzel. 18. Erhöhung der Gehälter für das Bestattungswesen. III. Vom Bürgerausschuß dem Senat in nicht unbedenklicher Fassung entgegengebrachter Antrag von Stellung: Die Bürgerkraft ersucht den Senat, die Hafensperrung von der Hafensperrerei zu trennen und ein selbständiges Hafensperrerektorat zu errichten.

Die Entlassung des Revolvermeisters Dr. Köhler beschäftigte am Mittwoch eine außerordentliche Versammlung des Vereins der Arbeiter. Der Vorsitzende, Herr Hermann Behn, gab eine ausführliche Darstellung der Umstände und der Tätigkeit Dr. Köhlers wie der vorherigen Dirigenten, die besonders hervorzuheben gefordert hätten. Auch Herr Dr. Köhler habe bei dem größten Teil der Mitarbeiter und beim Vorstand Anerkennung gefunden. Herr Dr. Köhler sei lediglich für die Angelegenheit und unter der Bedingung jährlicher Vertragsverneuerung verpflichtet worden. Von der Neuauswahl des Vereins sei Herr Dr. Köhler in Kenntnis gesetzt worden, aber nicht, wie behauptet werde, in verletzender Form. Eine Kündigung habe gar nicht zu erfolgen brauchen, sondern der Vertrag war eben abgelaufen und sei nicht erneuert worden. Es handle sich hier um andere Angelegenheiten des Vereins, der es ablehnen müsse, den öffentlichen Weg einzuschlagen, wie es Herr Dr. Köhler durch seine Reklamation veranlaßt habe. In der teilweisen Zustimmung der Teilnehmer bei der öffentlichen Erklärung Dr. Köhlers in einer Hauptprobe steht der Vorstand ein unbedenkliches Misstrauensvotum. Ein solches wurde vom Verein einstimmig abgelehnt. In einer längeren Ansprache wurden von den einzelnen Rednern die Verdienste des Vereins um die Arbeiterbewegung, der Verfassungskomitee des Ortsvereins zur Zeit als unbedenklich zu bezeichnen und dem Vorstand mit seiner Annahme des Neuauswahlens des Vereins zugestimmt. Ein Redner glaubte aus dem Vorgehen Dr. Köhlers herauslesen zu müssen, der Revolvermeister habe die Sache absichtlich auf die Politik ausgehen lassen, um eine Partei zu bilden zu können. Keines habe Dr. Köhler seine Aufgaben nicht erfüllt. Von anderer Seite wurde aber ausdrücklich hervorgehoben, daß sich der Vorstand nichts vergeben hätte, wenn er Herrn Dr. Köhler etwas mehr entgegengekommen wäre. Er sei ein weit über die üblichen Grenzen bekannter Dirigent, der unter den schwierigsten Verhältnissen Gutes geleistet habe. Was er aus dem Kriegserfahrungen herausgeholt habe, sei geradezu erstaunlich gewesen. Nicht minder lobenswert war die Einführung in die Arbeiterbewegung der Arbeiter. Im allgemeinen war der Eindruck von der Versammlung der, daß der Verein sein Ansehen wahren und sich nichts dreinreden lassen will. Tiefgründig waren die Bedenken gegen Dr. Köhlers Fortführung gewiß nicht, man müßte denn den politischen Einwand für einen solchen halten.

Das Eis der Malenitz ist nicht mehr haltbar, deshalb ist sein Betreten nunmehr von Polizeiamt verboten worden.

Schwindel mit Nähnarn! Neuerdings tauchen hier Schwindler auf, die sich die große Knappheit an Nähnarn zunutze machen. Sie bieten Rollen mit Nähnarn zum Kauf an, legen sie auch zur Probe vor und es befindet sich auch tatsächlich richtiger Zwirn auf den Rollen. Die Käufer sind daher geneigt, den verhältnismäßig hohen Preis dafür zu zahlen, entdecken aber bald, daß sie empfindlich geschädigt worden sind. Die Rollen enthalten nämlich nur eine Lage Zwirn, während sich darunter Fendiergarn befindet. Es kann also nur dringend gewarnt werden, von unbekanntem Händler bezerrigte Garnrollen zu kaufen. Wer bereits durch den Ankauf solcher Rollen geschädigt ist, wolle seine Erfahrungen sofort der Zentralfstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, Lübeck, Parade 1, mitteilen.

Die Reichszentralfstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß die seit längerer Zeit unterbrochene Postverbindung mit den deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien durch die Bemühungen des amerikanischen Roten Kreuzes in Washington wieder hergestellt ist. Es sind auch bereits von Sibirien Postkarten über Amerika nach Deutschland gelangt. Nach Mitteilung des amerikanischen Roten Kreuzes arbeiten unter den Gefangenen in Sibirien 200 Sekretäre des Vereins christlicher junger Männer. Die Verpflegung der Gefangenen soll besser sein als früher. Briefe und Karten sind zu richten an:

An den Kriegsgefangenen (Name)
(genaue Adresse)
via Kriegsgefangenenhilfe des Vereins christl. junger Männer.
Bern.
Eiffingerstr. 10.

Jahresbericht des Bauarbeiterverbandes, Jahrestelle Lübeck für 1918. Auch das Jahr 1918 stand unter dem Einfluß des menschenmordenden Krieges. Wenn die große Masse des Volkes schon im vorigen Jahre mit Ernährungschwierigkeiten zu rechnen hatte, so ist das jetzt recht im verflochtenen Jahre in Erscheinung getreten: die Sterblichkeitsziffern im Jahre beweisen, daß große Kreise der Bevölkerung an Unterernährung zugrunde gegangen sind. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat in den letzten Jahren sein wahres Gesicht gezeigt. Einer kleinen Minderheit wurden die größten Gewinne, die jemals erzielt sind, zugebilligt, und auf der anderen Seite fand die große Masse der

Wolles, die alles, was zum Leben notwendig war, mit hohen unerschwinglichen Preisen zahlen mußte. Das deutsche Volk stand hierin im Gegensatz der Kapitalisten und Kriegsgewinnler nachfolgend gegenüber, Belagerungszustand und Zensur unterdrückten jede freigelegte Meinung. Für die Bauarbeiter war es in dieser schweren Zeit in allererster Linie notwendig, daß der Lohn entsprechend der gelunenen Kaufkraft des Geldes aufgebessert wurde. Dieses ist dann auch nach anfänglichem Sträuben der Unternehmer gelungen. Die Löhnerhöhung wurde zentralerseitig erhöht. Für die Bauarbeiter betrug die Erhöhung 20 Pfg. pro Stunde, jedoch eine Gesamterhöhung des Lohnes während des Krieges um 80 Prozent erfolgt ist. Demgegenüber sind aber alle Produktionsmittel, alles, was zum Leben erforderlich ist, um 2-300 Prozent gestiegen. So ist es uns Bauarbeitern nicht allein ergangen, sondern allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Die jahrhundertlange Anechtung der minderbemittelten Klassen, dazu die Auspowerung des deutschen Volkes in den vier Kriegsjahren durch eine kleine Minderheit, hatte die Erbitterung aufs höchste gesteigert. Am 9. November wurde der Spruch zur Wahrheit: Alle Räder stehen still, wenn dein harter Arm es will. Die Arbeiterklasse übernahm im ganzen Reiche die politische Macht, und sprengte, allenthalben die uns angelegten Fesseln. Wenn auch ein kapitalistisches Staatswesen nicht von heute auf morgen in ein sozialistisches umgewandelt werden kann, und wenn auch nur einige Betriebe reif sind zur Sozialisierung, so ist es doch in erster Linie notwendig, das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten, und Produktionsmittel zu erzeugen, die wir so notwendig gebrauchen. Vor allen Dingen Brot, Freiheit und Frieden. Es sind bereits eine ganze Reihe freigelegter Bestimmungen zugunsten der Minderbemittelten erlassen; das Wahlrecht, der Wahlmündigkeit, die Arbeitslosenversicherung usw. Kollegen, wie lange hätten wir sonst wohl noch kämpfen müssen? Ihr alle wißt, wie lange wir hier in Lübeck um den Neunhunderttag gekämpft haben. Jeder Schritt nach vorwärts mußte dem Unternehmertum in schweren Kämpfen abgerungen werden. Mögen deshalb die Bauarbeiter niemals den 9. November vergessen. Die Arbeitslosigkeit war im Jahre 1918 eine gute zu nennen. Kollegen, welche nicht im Baugewerbe beschäftigt waren, konnten in der Kriegsindustrie ihre Unterfindung finden. Allerdings hat sich mit der Entlassung der Kollegen aus dem Heeresdienst der Arbeitsmarkt wieder gefüllt, und infolgedessen für einen großen Teil der Kollegen ist Arbeitslosigkeit das traurige Los. Im Gegensatz zu den früheren Jahren können wir heute sagen, das Baugewerbe geht hier am Orte einer guten Zukunft entgegen. Der Wohnungsbau ist hier in Lübeck in früheren Jahren geradezu vernachlässigt, jetzt besteht ein großer Mangel an Kleinwohnungen. Es ist die höchste Zeit, daß ein gesunder Wohnungsbau in die Wege geleitet wird. Der Anfang, der gemacht ist, kann noch lange nicht als genügend anerkannt werden. Ferner sind eine Reihe Kommunalkbauten geplant, teils sind die Gelder hierzu bewilligt, teils angefordert. Leider sind die Rohmaterialien sehr knapp, jedoch eine gewisse Zeit darüber hinweggehen wird, bis alles wieder am Materialmarkt vorhanden sein wird. Die Mitgliederzahl hat sich am Ende des Jahres bedeutend gehoben. Das ist zurückzuführen auf die Entlassung der Kollegen aus dem Heeresdienst und durch neue Aufnahmen. Da alle Schichten, die uns bei der Organisation hindernd im Wege standen, gefallen sind, geben wir unsere Hoffnung Ausdruck, daß in den nächsten Wochen kein unorganisiertes Arbeiter im Hoch- und Tiefbau vorhanden ist. 190 Kollegen sind beim Schreiben des Berichts noch nicht zurückgekehrt, davon sind 84 Ledige. Mögen sie alle mit voller Gesundheit zurückkehren. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 893. Die Korrespondenz war auch in diesem Jahre eine rege, hauptsächlich hervorgerufen durch Selbstverordnungen. Das Kassenwesen gestaltete sich folgendermaßen: für die Hauptkasse wurden eingenommen an Beiträgen 17.519,10 Mk., für Interimsbücher 52,10 Mk., Zuschuß aus der Hauptkasse 1700 Mk., Gesamtannahme 19.271,20 Mk. Die Ausgabe betrug für Arbeitslosenunterstützung 142,95 Mk., Krankenunterstützung 253,95 Mk., Sterbegeld 1500 Mk., Familienunterstützung 44 Mk., abgeleitetes Geld an die Hauptkasse 12.006,75 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen aus folgenden Beträgen zusammen: 200 Neuaufnahmen 188,15 Mk., für Zuschlagsbeiträge a 30 Pfg. 62,25 Mk., a 10 Pfg. 13,50 Mk., Lokalmarken a 20 Pfg. 897,90 Mk., Kalender 12,50 Mk., sonstige Einnahmen 111,99 Mk. Kassenbestand am Ende vorigen Jahres 367,23 Mk., demnach beträgt die Gesamtannahme 78,93 Mk.; die Ausgaben waren 667,16 Mk., verbleibt ein Kassenbestand von 124,06 Mk. Es kann gesagt werden, daß die Beiträge mit vereinzelten Ausnahmen zurzeit gut eingehin. Leider ist aber auch von manchen Kollegen bei Ausbruch des Krieges und während desselben die Organisationspflicht mit Füßen getreten. Wir wollen uns aber geben, alles daran zu setzen, jeder nach seinen Kräften, aufständig zu wissen, die Säugigen zu rütteln, damit auch die letzten uns im Wege stehenden Hindernisse fallen. Kollegen, hoffentlich haben wir das Schwerste hinter uns. Der Krieg hat ungeheures Leid über die Menschheit gebracht. Nicht allein die Kollegen in Feldgrau, sondern auch die Dahingeliebenen haben schwer um ihre Erziehung ringen müssen. Vor allem wollen wir unserer Toten gedenken. Soweit bis jetzt festgestellt ist, haben rund 100 Kollegen ihr Leben lassen müssen. Im besten Mannesalter wurden sie fortgerissen von Weib und Kinder; so manche hoffnungsvolle Jugend, der Stolz, die Freude der Eltern, sie alle wurden in fremder Erde gebettet. Auch die Kollegen, die als Krüppel oder Hock und krank heimgekehrt sind, und diejenigen, die heute noch in Gefangenschaft liegen, sie alle haben am schwersten gelitten. Wenn auch manche Kollegen an den Kriegstagen bis an ihr Lebensende zu tragen haben, so möge immer der Gedanke ihr eine Erleichterung sein, wir haben mit dazu beigetragen, die Ketten des Kapitalismus zu sprengen, um uns eine andere, eine bessere Zukunft zu schaffen. Zum Schlusse sei noch die Mahnung an alle Kollegen gerichtet, die Einmütigkeit zu bewahren. Leider hat uns die Uneinigkeit in der Parteibewegung schon um gewisse Früchte des Sozialismus gebracht. Wir müssen mit allen Kräften danach wirken, eine derartige, für die Arbeiterbewegung schädliche Spaltung zu verhindern. Laßt uns immer das Schillerische Wort vor Augen halten: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Verkehr mit den nordischen Ländern. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, werden zur Beförderung nach den nordischen Ländern über Warnemünde—Gefehr und Sahnitz—Trelleborg nunmehr die folgenden Kohlen zugelassen: Bricketts, Dackroth, Eisenabfall, Füllstein (seere), Flugspat, Glasberalch, Gips, Holz, Kien, Kiefern, Kieferstämme, Kalkstein, Kalkstein, Kohle, Koks, Lehmerde (jedoch nicht Porzellanerde), Mischkalk (seere), Pflanzen (Lebende), Rohkien, Rohholz, Röhrl, Sand, Sand, Steine, Tonnenband aus Holz, Wurstdärme.

Ermutigte Verdienste. Wie bereits berichtet, sind am 5. ds. Mts. in Buchhof 2 Ehrenbürger ernannt worden, die Verdienste wieder herbeizuschaffen, um sie dem reformierten Volk zu behändigen, sondern auch die Diebe in Aktion wieder mehr nach vorbestrafter Arbeiter, von denen der eine bereits wegen Diebstahls hinfällig verurteilt wurde, fortzunehmen.

Als ein diebisches Geschwätzerpaar entpuppten sich zwei Dienstmädchen aus Demen bei Gütrow, von denen das eine bei einem Kaufmann in der Mühlenstraße und das andere bei einem Buchbindereibehalter in der St.-Annen-Straße im Dienst war. Beide in ihrer Herrschaft diverse Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen und dann das Diebesgut gegenseitig ausgetauscht, um die Verfolgung zu verhindern. Als aber das in der Mühlenstraße beschäftigte Dienstmädchen seinem Dienstherrn eine Brieftasche mit 30 Mk. gestohlen hatte, wurde es als Täterin erkannt, und nun zeigte es sich, daß es nicht allein gestohlen hatte, sondern auch noch einem Liebhaber Gelegenheit zum Diebstahl gegeben hatte, den es in seinem Zimmer beherbergt hatte.

Unterschlagung. Von einem jungen Mann, der am letzten Sonntag im Stadttheater den Platz III. Rang, 1. Reihe Nr. 19 inne hatte, wurde ein Opernglas unterschlagen, welches er sich von dort beschäftigten Garderobenträger geliehen hatte.

*** Diebstähle.** In der Nacht zum 12. ds. Mts. sind einem in der Kronstraße der Allee wohnhaften Konditor 75 Pfund Weizenmehl und 75 Pfund Kartoffelmehl mittels Einbruches gestohlen worden. — Einem Gärtner in der Kahlhorststraße sind in derselben Nacht zwei Schweine im Gewicht von je ungefähr 60 Pfund gestohlen worden. — In der Nacht zum 11. ds. Mts. ist aus einem Vorgarten in der Begelstraße ein großer hellbraun gefärbter Handblowwagen gestohlen worden. Die Räder des Wagens sind dunkelgrün gefärbt, die rechtsseitige Wagenrinne war unten abgebrochen. — In letzter Nacht ist in einem Herren-Konfektionsgeschäft in der Holtenstraße ein Einbruchdiebstahl ausgeführt, bei dem dem Dieben bunte Oberhemden, bunte Herrensocken, Mützen, Kravatten, Handschuhe und dergl. in großer Menge in die Hände gefallen sind.

*** Festgenommen** wurde ein in der Bismarckstraße wohnhafter Buchhalter und ein Erpedient aus der Fischstraße, die in dem dringenden Verdachte stehen, größere Mengen Safer verschoben zu haben. — Weiter wurde festgenommen ein Arbeiter aus der Schwandenerstraße, der einem ebenfalls dort wohnhaften Bürstenmacher eine Brieftasche mit etwa 5000 Mark gestohlen hatte und ein russisch-polnischer Arbeiter, als dieser gestern Abend mit einem frisch geschlachteten Ferkel in hiesiger Stadt umherging. Er will das Tier zusammen mit einem Komplizen in der Umgebung gestohlen haben. Der rechtmäßige Eigentümer desselben wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Schwartzau. Volksversammlung. Es sei auf die am Sonnabend Abend 7 1/2 Uhr stattfindende öffentliche Volksversammlung im Gasthof Transvaal hingewiesen. Das Referat hat die Genossen Weiß-Hamburg, außerdem wird der Landtagsabgeordnete J. Kettelohn-Schwartzau sein Wahlprogramm entwickeln. Genossen und Genossinnen, Bürger und Bürgerinnen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. Es trennt uns nur noch eine Woche von der Wahl. In dieser versaffungsgebenden oberbürgerlichen Landesversammlung soll über alle bedeutungsvollen Fragen beraten und beschlossen werden, welche auch die Bevölkerung der Provinz angehen, vielleicht auch über die Fragen der Zugehörigkeit oder den Anschluß an eine andere Provinz oder Staat. Darüber hat natürlich in erster Linie die Provinz selber zu entscheiden. Darum Ihr Wähler, erscheint in Massen in dieser Versammlung, damit wir am 23. Februar mit erhöhter Stimmenzahl aus der Wahl hervorgehen. Wähler ist jeder, der in der Liste eingetragen ist; gewählt wird nach der Liste zur deutschen Nationalwahl. Die Flugblattverteilung findet Freitag Abend 8 Uhr in Kensefeld bei Süste statt, in Schwartzau im Gasthof Transvaal ebenfalls am Freitag Abend 8 Uhr. Sämtliche Bezirksführer müssen zur Stelle sein.

Hamburg. Im Lohnkampf der Angestellten von Hoch- und Straßenbahn wurde seitens des Transportarbeiterverbandes an den U- und S-Bahnen das Ersuchen gestellt, einen Schiedsspruch zu fällen, weil die Angebote der Direktion zu niedrig waren. Dieser Schiedsspruch sieht eine wesentliche Stufenverlängerung in der Gehaltszahlung vor, so daß mit dem 7. Dienstjahre das Höchstgehalt erreicht wird. Zu den bisherigen Bezügen tritt eine besondere Lohnzulage von 75 Mark. Diese Zulage gilt im Sinne der Satzungen der Pensionskassen als vorübergehend, so daß die Beiträge hierfür nicht bezahlt zu werden brauchen. Für das Personal und Kraftwerkpersonal sowie Schienenleger wird der Einstellungslohn um 20 Pfg. niedriger als ihr Höchstlohn festgesetzt. Nach vier Wochen tritt für die Beschäftigten Handwerker und Arbeiter der Höchstlohn in Kraft. Die Vereinbarung gilt für drei Monate und kann mit einmonatlicher Kündigungsfrist von beiden Parteien gekündigt werden. Der Betrieb ist sofort wieder aufzunehmen. Für den heutigen Tag werden die Lohnsätze nicht gemacht. Die Löhne der Handwerker werden um 30 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Lohnzahlung erfolgt monatlich mit einmaliger Abrechnung. Dieser Schiedsspruch wurde abgelehnt. Die Lohnkommission wird ersucht, sofort in weitere Verhandlungen einzutreten und bei den alten Forderungen zu beharren. Die Arbeit wird bis zum befriedigenden Abschluß der Verhandlungen nicht aufgenommen.

Hamburg. Eine Demonstration Kriegsbeschädigter fand Mittwoch nachmittags hier statt. Mehr als 3000 Kriegsbeschädigte versammelten sich auf dem Hasemannplatz beim Hauptbahnhof und zogen mit zwei Musikbänden durch die Mönchsbühlstraße nach dem Rathausmarkt. An der Spitze des Zuges wurde eine große Zahl freiwilliger Personen in Fahrröhren gefahren; auf Wagen wurden ebenfalls Personen gefahren, die nicht imstande waren, zu gehen und mehr als 100 folgten auf Füßen. Im Zuge wurde ein Schild getragen, das lautete: Wir Kriegsbeschädigten fordern die Anerkennung unserer Neuen-Kommission! Nach einer zumühmten Erklärung von Dr. Herz ging der Zug weiter durch die Stadt.

Altena. Ein Opfer der Ruffisten. Der in den Kasernen in Ehrenrich in Erwartung eines Putschversuches verurteilte Mann, der mit einem unglücklichen Schicksal verbunden war, hat ein Opfer gefordert. Etwa 24 Gefangene sind in das Mauerwerk des Baurischen Rettungshauses eingebrochen, außerdem ist ein Gefangener durch das Fenster in einen Schlaftsaal gelangt und hat einen 30-Jährigen, der mit dem Ablegen seiner Kleider beschäftigt war, am Kopfe getroffen und sofort getötet. In der letzten Nacht gegen 2 Uhr drangen zwei Soldaten und ein Zivilist in ein Hotel und plünderten mit vorgehaltenem Revolver die Hotelgäste aus; sie erbeuteten Sachen im Werte von 12- bis 13 000 Mark.

Harburg. Die Unsicherheit im Stadt- und Landkreise Harburg wird von Tag zu Tag größer. Die Räuberbanden und Einbruchsdiebstähle nehmen einen derartigen Umfang an, daß man sich auch am hellen Tage kaum noch sicher fühlt. Ein Knabe in der Hohenstraße wurde am hellen Tage von zwei Stralchen durch Vorhalten von Revolvern gezwungen, seine Tasse auszugeben und sich den Räubern zu überlassen, worauf diese mit dem Raub entflohen. In der Seestraße wurde ein Bäderwagen nebst Pferd gestohlen.

Kiel. Protest der Sozialdemokratischen Partei gegen das Wahlrecht zum Arbeiterrat. Gegen das Wahlreglement zur Neuwahl des Arbeiterrats haben die Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei Protest eingelegt, mit dem sie den Arbeiterrat am Montag in seiner Sitzung beschäftigte. Nach längerer Debatte wurde mit 14 gegen 8 Stimmen beschlossen, dem Protest stattzugeben. Es wurde eine neue Kommission gewählt zur Ausarbeitung eines neuen Wahlreglements. Die Wahl zum Arbeiterrat findet demzufolge am 16. Februar nicht statt.

Zur Nordfrieswägigen Frage.

Flensburg. 13. Februar. Die Besprechung zwischen Vertretern der deutschen und dänischen Bevölkerung über die Vorname einer Volksabstimmung hatten ein befriedigendes Ergebnis. Es soll der Reichsregierung der Vorschlag gemacht werden, die Bildung eines paritätischen Ausschusses unter einem neutralen Obmann zu gestatten, die die Vorarbeiten zur Volksabstimmung übernimmt. Die Abstimmung soll vor der Allgemeinen Friedenskonferenz erfolgen und ihr habe sich die Deutsche wie die dänische Regierung zu unterwerfen. Dänemark lese großen Wert auf gute nachbarliche Beziehungen zum neuen Deutschland.

Flensburg. Dänische Lebensmittel für Nordfriesland. Die englische Regierung hat der dänischen Regierung die Verteilung von Lebensmitteln und Kleidern an die nordfrieswägigen Bevölkerung erlaubt. Ein zu diesem Zweck gebildeter Ausschuss wird wöchentlich bis zu 10 Tonnen Butter und 20 Tonnen Graupen sowie einmalig 500 Tonnen Kartoffeln vom eigenen Verbrauch Dänemarks nach Nordfriesland ausführen und zur Verteilung bringen. Auch Kleider und Schuhzeug, darunter gebrauchte Sachen sowie Saatgetreide und Saatkartoffeln sollen verteilt werden.

Elmsborn. Ein Großfeuer entstand in der Nacht vom Montag zum Dienstag in der Gefährfabrik von Bockstein und Harburg. Das Kesselhaus brannte gänzlich, das Maschinenhaus zum Teil nieder. In dem Betrieb, der durch Aufhebung der Ge-

schloßfabrikation fast gänzlich ruht, wurden bis vor wenigen Tagen noch etwa 500 Arbeiter beschäftigt.

Schwerin. Der Entwurf einer Verfassung ist den Mitgliedern des Landtages zugegangen. Seine wichtigsten Bestimmungen befragen: 1. Mecklenburg-Schwerin ist Freistaat, bildet ein Glied des deutschen Reiches. Die Staatsgewalt liegt beim Volke, das sie durch Wahlen, Abstimmungen und die durch die Verfassung bestimmten Organe ausübt. Die Gesetzgebung liegt dem Landtage zu, der auf 3 Jahre gewählt wird. Seine Verhandlungen sind öffentlich, die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Die Abgeordneten erhalten 30 Mark Tagegelber. Die vom Landtage beschlossenen Gesetze werden dem Staatsministerium zur Ausfertigung und Verkündigung zugeföhrt, doch ist das Staatsministerium befugt, innerhalb einer Frist von 14 Tagen um wiederholte Beratung des Gesetzes zu ersuchen. Es wird auch berechtigt, die Vornahme einer Volksabstimmung über den Gegenstand der Meinungsverstärkung zwischen dem Landtage und ihm anzuordnen. Das in dieser Abstimmung mit einfacher Mehrheit angenommene Gesetz ist vom Staatsministerium zu veröffentlichen. Das Staatsministerium befreit aus vom Landtage gewählten Staatsministern, die keinen Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung haben. Der Landtag bestimmt den Vorsitzenden des Ministeriums. Der Landtag kann die Mitglieder des Ministeriums förmlich anfragen; über solche Anfragen entscheidet ein Staatsgerichtshof. Die Staatsbeamten werden vom Staatsministerium ernannt. Ein Staatspräsident ist nicht vorgesehen. Das bisherige Landesherliche und Landesvermögen einschließlich des gesamten Domänenvermögens usw. ist mit Ausnahme des Privatvermögens des Landesherren und der Stände auf den Staat übergegangen. Eine Abänderung des bisherigen Landesherren bleibt vorbehalten. Landessteuern können nur vom Landtage beschlossen werden. Das Land wird in Bezirke und Gemeinden eingeteilt, denen Selbstverwaltung zusteht. Die Landesräte und die Familien-Rechtskommission werden aufgehoben. Die den Besitzern der ritterbüchlichen Landgüter zustehenden Ortsobrigkeiten und Rechte, die Zuständigkeit des Gutsbesitzers in Vormundschafts- und Nachlasssachen, die Sonderrechte Rasthofs und Wismars werden aufgehoben, ebenso der Lehnsverband. Der Adel verliert seine Einwirkung des öffentlichen Rechts. Staat und Kirche sind getrennt, jeder hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Das Unterrichts- und Erziehungswesen wird auf der Grundlage der konfessionslosen Einheitschule geregelt. Nach der Aufstellung der Fonds und Schuldverbände stehen die Gesamtkassen von 20 1/2 Millionen Mark eine Gesamtkasse von 20 Millionen Mark gegenüber.

Mit einem trennenden Zuge betrachten die Lübeckischen Angehörigen diese freireichliche Verfassung. Es lebte sich auch bisher für alle Kreise nicht leicht in Agrarlande der Obotriten, wenn auch die Rechte ungleich verteilt waren, meint das Blatt. Rechte hatten bekanntlich nur die Besessenen und die haben wirklich nicht leicht erlebt. Nun ist es Zeit, daß auch die andern etwas von ihrem Rechte kommen; dann werden sie auch menschenwürdiger leben als vielfach bisher.

Neueste Nachrichten.

Zur Verhaftung Kadebs.

Berlin, 13. Februar. Der Leiter der Unken-Propaganda der bolschewistischen Sowjet-Regierung Karl Kadeb, ist gestern nachmittags in seinem Reich, einer Hinterhauswohnung in Charlottenburg verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden. Mit ihm ist auch seine Sekretärin Dina Weder und eine Stenotypistin festgenommen worden. In der Wohnung Kadebs, die des Zentralbüros der bolschewistischen Propaganda in Berlin war, wurden außer einem bedeutenden Geldvermögen auch zahlreiche Papiere und Briefschaften beschlagnahmt.

Das neue Regierungsprogramm.

Reimar, 13. Februar. Gestern fand im Schloß unter dem Vorhabe des Reichspräsidenten Ebert die erste Sitzung der Mitglieder des neuen Ministeriums statt, wobei sie sich zur Übernahme der Ämter übertragenen Minister bereit erklärt haben. In dieser Sitzung wurde das Arbeitsprogramm der neuen Regierung durchberaten. Ministerpräsident Scheidemann gab seinen Ministern die Probeaufgabe, die er in der heutigen Sitzung zu halten beabsichtigt. Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung kann bis gestern Abend noch nicht endgültig fest. Der Entwurf steht vor, daß die Nationalversammlung die alleinige Trägerin der Reichsgewalt sein soll. Er fordert Festhaltung der Demokratie durch eine starke Zentralgewalt, auf der anderen Seite eine durchgreifende demokratische Herabsetzung. Das neue Heer soll auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht noch demokratischen Grundrissen wieder aufgebaut werden. Die in den Kasernen befindlichen Soldaten sollen sofort entlassen und die militärischen Kriegesbehörden sofort aufgelöst werden. Für die Wehrgeheimnisse sollen die von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben, befristet werden. Vertrauensverhältnisse sollen bei Fragen der Wehrpflicht und Wehrübung sowie bei Erhebung von Beschwerden mitwirken.

Das Regierungsprogramm hinsichtlich des Wiederbaus des wirtschaftlichen Lebens ist sehr umfangreich und sieht auch die Überführung von privatrechtlich entwickelten Wirtschaftszweigen in die Verwaltung der Gesamtheit vor. Insbesondere wird auf die Bergwerke Bezug genommen. Sozialpolitisch legt das Programm den Hauptwert auf Schaffung eines neuen Arbeiterrechts. In der Unkenpolitik wird das Festhalten an den 14 Punkten Wilsons und der Rückgabe der Kolonien betont werden. Auch dürfte die Forderung nach sofortiger Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen erhoben werden. Endlich soll ein rückhaltloses Bekenntnis zum Völkervertrag und den demokratischen Regierungen erfolgen.

Die Opfer des Breslauer Putschs.

Breslau, 13. Februar. Bei den Vorformulieren am Gefängnis zur Befreiung der Gefangenen sind 15 Tote, 20 Schwere und 20 Beschwerlete zu beklagen.

Spartakistenputsche.

Bielefeld, 13. Februar. (Tel.-Union.) Im Senne-Lager wurde ein partakistisches Unternehmen vereitelt. 300 Mann sind festgenommen. Große Mengen Handgranaten, Infanteriemunition sowie Maschinengewehre wurden beschlagnahmt. 150 Mann haben vom Sennelager aus einen Auszug nach verschiedenen Orten unternommen. Sie wurden aber bald gestoppt und konnten ihren Plan nicht ausführen.

Unruhen in Duisburg.

Duisburg, 13. Februar. Die „Telegraphen-Union“, die die Verantwortung für die Nachtzuschießen müssen, meldet: Gestern nachmittags gegen 3 Uhr zogen etwa 1000 ausländische Arbeiter vor das Rathaus, um gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Erhebung eines 5. Quotals der Steuern zu protestieren. Oberbürgermeister Dr. Jarrs versuchte vom Balkon des Rathauses aus die anziehende Menge zu beruhigen und ihr die Gesinnung der beschlossenen Maßnahme klar zu machen. Er kam jedoch nicht über die ersten Sätze hinaus und erklärte sich schließlich damit einverstanden, daß eine Abordnung der Demonstranten mit ihm im Rathaus über die Angelegenheit verhandelt. Für diese Verhandlung wurde eine Frist von einer Stunde gegeben. Nachdem diese verstrichen war, ohne daß ein Ergebnis bekannt gegeben werden konnte, führten ungefähr 700 Personen das Rathaus, drangen in das Sitzungszimmer ein, bestürmten sich der Person des Oberbürgermeisters, schlugen ihn drängten ihn die große Treppe hinunter und zwangen ihn, die große rote Fahne, die sie mit sich führten, voran durch die Straßen

Die Wiederaufnahme der Internationale.

Als der Internationale Sozialistenkongress in Bern seine Plenarberatungen begann, forderte Albert Thomas im Namen der französischen Delegation den Ausschluß der deutschen Mehrheitssozialisten aus der Internationale. Sie hätten vier Jahre lang, wenn auch unter mancherlei Protesten und Vorbehalten die kriegführende kaiserliche Regierung unterstützt, und dies sei ein Verbrechen gewesen, denn diese hätte einen Angriffs- und Eroberungskrieg geführt und dabei alle Gehebe des Völkerrechts und der Menschlichkeit mit Füßen getreten. Der Ausschluß der deutschen Mehrheitssozialisten aus der Internationale hätte diese zu einer ziemlich wertlosen Rumpfförperschaft erniedrigt, denn hinter diesen deutschen Mehrheitssozialisten steht die große Mehrheit der Bevölkerung und die gesammelte festorganisierte Kraft der deutschen Arbeiterschaft. Ohne die deutsche Sozialdemokratie konnte die Internationale niemals die Kraft gewinnen, die notwendig war, um den Jingoisten und Chauvinisten entgegenzutreten und ihre Absichten auf einen brutalen Gewaltfrieden zu vereiteln. Die Annahme des Antrages Thomas wäre daher die neue endgültige Katastrophe der Internationale geworden.

Das ist glücklich vermieden worden. Wels und Hermann Müller haben in Bern Erklärungen über die Schuldfrage abgegeben, welche die Franzosen zwar nicht zufriedenstellten, aber doch eine gewisse Einigung auf gemeinsame Friedensarbeit zuließen. Sie haben die deutsche Schuld an Belgien, den österrichischen Anteil an der Entfesselung des Krieges und die deutsche Mitschuld an den ersten Kriegserklärungen zugestanden und zugleich Verständnis für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie angesichts der Deutschland umdrohenden Gefahren zu wecken gesucht. Das war richtig und klug von ihnen; denn daß die Internationale jetzt wieder arbeitsfähig wird, ist für Deutschland wichtiger als irgendeine Rechthabererei. Daß sich unsere grundsätzliche Auffassung von der überragenden Schuld Rußlands und seiner Verbündeten am Ausbruch des Weltkrieges nach dem bisher bekannten Material nicht geändert hat, wollen wir dabei ausdrücklich hervorheben.

Das Ergebnis von Bern ist nur ein erster Schritt. Wir können darüber nicht jubeln, uns nicht einmal endgültig freuen. Gerade in den Tagen von Bern kündigt uns Marshall Joch eine neue ungeheure Erschwerung der Waffenstillstandsbedingungen an. Erst wenn wir sehen, was die Internationale gegen den uns bedrohenden Erdrosselungsfrieden zu leisten vermag, werden wir wieder stolz auf sie zu sein vermögen. Bisher ist, was uns zugemutet und angetan wird, viel schlimmer als Best-Litowsk und der Widerstand der englischen und französischen Arbeiterklasse dagegen, wenn überhaupt vorhanden, so unendlich viel schwächer und matter als unser Protest vor einem Jahr, als Deutschland auf der Höhe des Erfolges stand. Hoffen wir, daß von Bern ein neuer Geist ausgeht. Wir haben früher der Internationale viel zu viel Vorschubleistungen gesteuert, wir wollen jetzt ruhig und nüchtern abwarten, welche Taten sie zu vollbringen vermag.

Internationaler Sozialistenkongress.

Bern, 10. Februar.
Die Internationale Sozialistenkonferenz setzte in der heutigen Morgen Sitzung die Besprechung über die Arbeiterfragen fort, wobei nach der Bitte Hunsmans um Zurückziehung der formalen Zusatzanträge die Magna Charta (Grundgesetz) einstimmig angenommen wurde.
Hunsmans (Belgien) schlug sodann die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Henderson, Branting, Hunsmans und je zwei Delegierten aus allen Ländern vor, deren Aufgabe es sei, den größtmöglichen Einfluß auf Paris auszuüben, die Ausführung der Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz zu ermöglichen und die Vorbereitungen zu treffen für einen im Juli oder August 1919 stattfindenden internationalen Kongress.
Berzouil (Frankreich) verlangte Abweichung von der Methode, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Ziel der Internationale müsse bleiben, die Mittel der Produktion

in die Hände der arbeitenden Klassen zu bringen, wenn nötig, sogar mit der Diktatur des Proletariats.

In der Nachmittags Sitzung erstattete Miraal über die aus der Kommission über territoriale Fragen hervorgegangene Endresolution Bericht, die nur die allgemeinen Grundsätze über die Regelung territorialer Fragen feststellt und von der Behandlung konkreter Einzelfragen absteht.

Grumbach (Elsass) bat die deutschen Mehrheitssozialisten um Aufklärung über die von dem Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar Dr. David abgegebene Erklärung: „Elsass-Lothringen ist für das Leben Deutschlands notwendig und wir werden nicht aufhören, für Elsass-Lothringen das Recht der Selbstbestimmung zu fordern.“ (Troelstra-Holland ruft: Das ist doch selbstverständlich. Große Unruhe.) Die Erklärung Dr. Davids kann bedeuten, Elsass-Lothringen solle kein Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Diese Auffassung widerspricht der Haltung der deutschen Mehrheitsdelegierten auf der Berner Konferenz, aus der man den Schluß ziehen müßte, daß die elsass-lothringische Frage im moralischen Sinne gelöst sei, selbst wenn die Abstimmung noch nicht vollzogen ist, und daß die elsass-lothringische Frage aus dem Rahmen der internationalen Konflikte endgültig ausgeschaltet werden solle.

Müller (Deutschland) erklärt, er könne nicht feststellen, was Dr. David wirklich gesagt hat, verweist aber darauf, daß die Forderung elssässischer Politik für die Nationalversammlung in Weimar bereits zweimal abgelehnt worden sei. Dr. David habe nach dem ihm vorliegenden Bericht erklärt, Elsass-Lothringen gehöre bis zur Stunde noch zum Deutschen Reich, womit er nur sagen wolle, daß das Land heute bloß de facto durch die Gewalt der Waffen zu Frankreich gefallen sei, daß aber die endgültige Entscheidung erst auf der Friedenskonferenz falle. Das von Dr. David geforderte Recht der Selbstbestimmung für Elsass-Lothringen liege im politischen Interesse der deutschen und der französischen Sozialisten, weil nur dadurch eine deutsche Neuannektierung verhindert werden könne, wie sie in Frankreich von 1871 bis 1914 geherrscht habe.

Rautsky glaubt, daß es sich bei der Rede Dr. Davids um eine unzulässige Provokation gehandelt habe, die von den Unabhängigen um so mehr bedauert werde, als Dr. David während des ganzen Krieges die schlimmsten Angriffe gegen die Entente-Staatsmänner gerichtet habe und heute zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden sei. (Französische Delegierte: Sehr richtig!) Daraus gehe hervor, daß die Wahl Dr. Davids sehr unglücklich sei.

Renaudel bemerkt: Lediglich diese Erklärung Rautskys kann uns befriedigen.

Borgbjerg (Dänemark) erklärte, die deutsche und die dänische Delegation hätten sich in Abänderung der früher eingebrachten Resolution dahin geeinigt, daß die Abstimmung in Hensburg bereits erfolgen könne, wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dies verlange. Die aus Hensburg vorliegenden Petitionen seien bereits genügend, um eine Abstimmung durchzuführen.

Renaudel lenkte sodann die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien. Das deutsche Volk habe kein Kolonialrecht nötig, und inwiefern dieses müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluß ausgeübt werden.

Nachdem hierauf alle Zusatzanträge zu der Resolution über die territorialen Fragen zurückgezogen wurden, wurde die Endresolution einstimmig angenommen. Alle übrigen Anträge gehen zur Weiterberatung an die permanente Kommission der Konferenz.

Wels (Deutschland) erbat die Unterstützung des Kongresses für die schnelle Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Der Gedanke moderner Elsberei müsse in den Kreisen der Arbeiter aller Länder Erbitterung und Erregung hervorrufen.

Eisner (Deutschland) brachte eine von ihm und Renaudel unterzeichnete Resolution zur Kriegsgefangenenfrage ein, die Verbesserung der Lage in den Lagern und sofortigen Heimtransport der Kranken und verwundeten Gefangenen fordert und sich gegen den Zustand der Kriegsarbeit wendet. Eisner sprach den Deutschen das Recht ab, in der Gefangenenfrage einen Protest zu erheben, da sie keinen Protest gegen die Deportation aus Frankreich und Belgien erhoben hätten. Durch einen Aufruf an die deutschen Arbeiter solle eine freiwillige Hilfeleistung zum Wiederaufbau veranlaßt werden.

Die Versammlung brachte Eisner eine Huldigung dar, an der sich auch die Franzosen beteiligten.

Internationale Konferenz der Gewerkschaften.

Bern, 10. Februar. Jansson empfahl in längerer Ausführung das bereits von der Gewerkschaftskommission genehmigte Programm über die Arbeiterfragen, indem er betonte, daß die Durchsetzung dieser Forderungen in Paris erreicht werden könne, wenn die politische sozialistische Internationale ihre wirkliche Unterstützung leiste.

Mac Gurl (England) erklärte im Namen der Kommission der englischen Delegierten seine Zustimmung zu dem Programm. Arbeitsminister Kung (Ungarn) hält die Verwirklichung der Programmforderungen nur insoweit für gesichert, als die politische Internationale auch die Macht habe, dieses Programm durchzusetzen. Die Lage der Arbeiterschaft hänge völlig davon ab, wie der in Paris geschlossene Friede ausfallen würde. Kung verlangte von den Genossen in den Ententeländern wirksamen Widerspruch gegen die imperialistischen Strömungen auf der Pariser Konferenz und schiederte unter Anführung zahlreicher Beispiele die trostlose Lage der Arbeiterschaft in Ungarn infolge der rigorosen Maßnahmen der Ententetruppen.

Bern, 11. Februar. In der Schlußsitzung des internationalen Gewerkschaftskongresses wurde eine Entschließung des Völkerverbunds einstimmig angenommen, ebenso eine Entschließung der französischen Vertretung über die wirtschaftlichen Aufgaben des Völkerverbundes. Joch (Frankreich) erklärte, die französische Abordnung billige es keinesfalls, daß ein besiegtes Volk dem Hunger preisgegeben und seine Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeiten herangezogen worden seien. Das Glend des deutschen Volkes lasse die französischen Sozialisten nicht gleichgültig. Buning (England) erklärte, die englischen Sozialisten würden alles tun, um die deutschen Kriegsgefangenen vor Zwangsarbeit zu bewahren. Jansson (Deutschland) erinnerte daran, daß die deutschen Gewerkschaften sich der aus Belgien Verschiedenheit seinerzeit erfolgreich angenommen hätten. Die Abhaltung eines weiteren Kongresses wurde beschlossen. Ort und Zeit ist aber noch nicht bestimmt.

Internationale Arbeitergesetzgebung und Friedenskonferenz.

In der Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung in Paris hat die amerikanische Delegation folgenden Vorschlag eingereicht:

In das Friedensabkommen sollen folgende Bestimmungen aufgenommen werden:

1. Es wird ein Bund der freien Völker der Welt gegründet.
2. Jede freie Nation muß ungehindert Mitglied des Bundes werden.
3. Es dürfen keine Repressalien angewendet werden, die den Geist der Rache entspringen.
4. Die Rechte der kleinen Nationen sowie ihr Selbstbestimmungsrecht müssen anerkannt werden.
5. Grenz- oder Gebietsänderungen dürfen nicht stattfinden, es sei denn im Interesse der betreffenden Völker selbst und des Weltfriedens.
6. Anerkennung des Prinzips, daß menschliche Arbeit keine Handelsware ist.
7. Sklaverei oder unfreiwillige Dienstbarkeit dürfen nicht bestehen, es sei denn als zurechtliche Strafe für irgendein Vergehen.
8. Freiheit der Presse und Versammlungsrecht dürfen nicht getrennt werden.
9. Matrosen der Kauffahrtschiffe sollen das Recht haben, ihr Dienst zu beenden, sobald das Schiff in einem sicheren Hafen liegt.
10. Handelsware oder sonstige Artikel dürfen nicht beschlagnahmt oder in den internationalen Handelsverkehr gebracht werden, wenn bei ihrer Erzeugung die Arbeit von Zwangsarbeitern in Betracht kommt.
11. Der normale Arbeitstag soll acht Stunden betragen; Ausnahmen sind nur in außerordentlich dringenden Fällen gestattet.
12. Verkauf oder Verwendung für Handelszwecke von allen Artikeln, die durch Hausarbeit angefertigt worden sind, ist verboten.
13. Für geleistete Arbeit soll ein angemessener Lohn gezahlt werden.
14. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Da erklärte Czabel mit erhobener Stimme noch folgendes: „Was den Titel des neuen Balletts betrifft, so haben wir uns noch nicht, acht Tage vor der Premiere, zu einer Änderung entschlossen. Die Novität wird nicht „verzauberte Mühle“, sondern „Die verfallene Mühle“ heißen. Außerdem soll nach einer jüngsten Entscheidung seiner Exzellenz die Hauptpartie der Gertrud nicht von Fräulein Rohland, sondern von Fräulein Basson verlangt werden.“

Sichtbare Bewegung unter den Anwesenden.
„Ich danke Ihnen, Fräulein Basson,“ er wendete sich an seine Begleiterin, „daß Sie so rasch unserer Einladung zur heutigen Probe entsprochen, wodurch noch alles Ihrer Individualität gemäß eingerichtet werden kann. Bitte, machen Sie Toilette, während Sie, Fräulein Rohland, — der Ballettmeister wußte ja genau, wo die Aufgängerin stand, gab sich aber, auf den Spitzen stehend, das Ansehen, als ob er sie jucke — „ah, da sind Sie ja — Sie sind nun überflüssig und können gehen. Herr Bazzerhammer!“

Dieser, der alte Korrepetitor, erhielt sein Zeichen und strich los, nicht immer ganz tadellos rein, aber rhythmisch, und das bedeutete hier alles.
Die Leistungen des Balletts, das als Kunstgattung dem Geschmack seiner Majestät des Königs besonders nahe kam, galten als vorzüglich an dieser Stätte. Kein Mensch konnte Herrn Czabel das Verdienst absprechen, daß er künstlerisch Gutes herausbrachte, aber — wie geschah das? Leider nur auf dem Wege der Großheit, Mühseligkeit, Brutalität.

Wenn er als Mann in seiner Stellung auf Disziplin hielt, so war das nicht bloß sein gutes Recht, sondern seine Pflicht, ohne deren Ausübung er auch mit einem Gemisch von Reuten jedweden Charakters und verschiedener Nationalität gar nicht zurechtzukommen wäre. Kein Vernünftiger hätte ihm Strafe verargt, im Gegenteil. — Daß er aber, von der Günstigkeit seines Chefs getragen, ohne jede Heberwachung, den Probestaal zum Tummelplatz seiner persönlichen Launen und eines ungezügelter Temperaments umschuf, gab Vergerniß und füllte die Langmut seiner Untergebenen auf eine harte Probe.

Was aber sollte man tun? Die Beschwerden einzelner galten immer nur als Querereien, und üble Folgen daraus entkanden höchstens den Klagen selbst, die hinterher von ihrem Despoten, wenn er Wind bekam, noch ärger schikaniert wurden. Jeder Ber-

juch gegen Czabel war bisher als ein Schlag ins Wasser verlaufen und umso schroffer zurückgewiesen worden, je dringlicher er auftrat. Exzellenz glüht in dieser Beziehung einem hitzigen Verbe. Seine sonstige Unselbständigkeit — hier verleugnete sie sich. Er wird begrifflich, sobald es sich um Czabel handelte.

Fräulein Jenny Rohland, die eben so jählings Kaltgestellte, hatte sich zunächst gar nicht zu fassen gewußt. Ihr das, der stützigen Solotänzerin, der an Grazie und Kunstfertigkeit wenige gleichkamen? Sie herabgesetzt, blamiert zunächst vor den Kollegen, dann aber auch vorm Publikum, vor der ganzen Stadt, in der sie doch etwas galt!

Mit aller Energie ihre Tränen zurückdrängend, begab sie sich zuerst in das Garderobenzimmer, um dort in ihre Straßenkleider zu schlüpfen.

Verächtlich streifte ihr Blick die Gestalt der sich im Gegensatz zu ihr für die Probe zurechtmachenden Kivalin, deren Feindseligkeit Jenny Rohland schon seit einiger Zeit zu spüren vermeint hatte. Sie ahnte, auf welchem Umwege die Basson zur Rolle der Gertrud gelangt war. Es war derselbe, den sie zu der Günst des ihr widerwärtigen Czabel zu nehmen verschmäht und ihm abgelehnt hatte.

Dafür nun keine Vergeltung.
Noch immer völlig benommen von ihren Erlebnissen und unklar darüber, was in ihrer jetzigen Lage zu tun sei, trat das junge Mädchen jetzt hinaus auf den durch Parkanlagen geschmückten hergerückten, von ehrwürdigen alten Bäumen umstandenen Theaterplatz, der freilich zurzeit noch winterlich anmutete.

Verschiedene Gruppen von Bühnenmitgliedern, teils kommend, teils auf dem Wege nach Hause oder in die Stadt, pflegten da zu bestimmten Tageszeiten, insbesondere vormittags und gegen Abend, immer herumzufliehen. So auch jetzt.

Mit einigem Interesse, trotz des eigenen Leides, bemerkte Jenny Rohland auch die unverkennbare Erscheinung Danielas, wie sie im Gespräch mit einem Herrn in einer der Seitengassen dort auf und ab spazierte.

Ob es der Kapellmeister Kobaschek war, mit dem sich die Schauspielerin gleichzeitig mit seinem Abgang vom Hoftheater endgültig verlobt haben sollte?

Dann könnte man gleich dem Paar einen Glückwunsch abhatten, dachte Fräulein Rohland, wurde sich aber bei jetzt deutlicherem Hinsehen dessen bewußt, daß der Herr zu leiten der Herzog nicht ihr Bräutigam sein könne. Kobaschek, ein hoher Zwanziger, war breitschultriger und auch weit größer als der dort, dessen Längensmaß selbst hinter dem der Schauspielerin ein ziemliches Stück zurückstand.

Langsam näherte sich Jenny Rohland der Allee. Schon von fern sah Daniela sie auf sich zukommen und wußte ihr mit loser Hand freundlich entgegen.

„Grüß Gott, Fräulein Rohland,“ rief sie schon aus einiger Entfernung und beschleunigte ihre Schritte ein wenig. „Ich freue mich, Sie endlich einmal wieder zu sehen, allerdings aber nicht darüber, wie Sie aussehen. Fast möchte man denken — Ja, haben Sie gewinkt, Kind? Die roten Augen?“

Jenny Rohland erblickte den Fräulein Herzog begleitender Herrn ihr hart auf den Fersen. Wer möchte es sein? Jedenfalls ein ihr, der Tänzerin, gänzlich Fremder. Sie mochte nicht, daß er jogleich Mitwisser ihres Kummers werde.

„vielleicht vom Temperaturwechsel,“ parierte sie geschickt. „Trinken war es warm, hier der frische Wind.“

„So, so,“ ließ Daniela die Erklärung gelten. „Aber erlaube, die Fräulein — Herr Cornelius, ein junger Kollege von mir — Fräulein Rohland, unsere Solotänzerin.“

Wohl zog höflich seinen Hut vor Jenny. Sie dankte mit leichtem Kopfschütteln, nahm dabei aber auch im Nu die Erscheinung ihres Gegenübers zur Beurteilung in sich auf.

Gar nicht schön, dachte sie, wacker häßlich sogar. Und das die unscheinbare Figur —? Um Waise zu werden, wenig genug an ihm.

„Ich war in Gedanken bereits auf dem Wege zu Ihnen, Fräulein Herzog,“ wendete sie sich wieder ganz an diese, „um Ihnen zu dem Ereignis, von dem die Stadt spricht, Glück zu wünschen — zu Ihrer Verlobung.“

„Danke, Liebe.“ Daniela reicht der Gratulantin die Hand. „Aber der mir zuge dachte Wunsch ist Ihnen damit nicht geschenkt. Sie kommen bald zu einem Plauderflüschchen, ja?“

Fräulein Rohland versprach es. „Aber wir verlieren Sie doch nicht durch Ihre Heirat?“

„Durch die Verlobung wenigstens noch nicht, in absehbarer Zeit doch wohl.“

„Nach Frankfurt am Main geht Herr Kobaschek?“

Fortsetzung folgt.

